

Bürgerbeteiligung und -information ernst nehmen: **Busbahnhof Michaelibad**

Antrag

Die Landeshauptstadt München wird aufgefordert, im Rahmen der Aufstellung eines Bebauungsplans für den ehemaligen Busbahnhof Michaelibad und die angrenzende P+R-Anlage ein mehrstufiges Verfahren mit umfangreicher Bürgerbeteiligung und einem vorgeschalteten städtebaulichen Wettbewerb vorzusehen. Dabei soll im Rahmen mehrerer Workshops und einer ausführlichen Diskussionsphase den Bürgern die Möglichkeit eröffnet werden, die künftige Gestalt dieser exponierten Fläche mitzubestimmen.

Darüber hinaus möge die Landeshauptstadt München einen verbindlichen Zeitplan mit konkreten Maßnahmen für eine umfangreiche Information der Öffentlichkeit über die möglicherweise geplante Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge darlegen.

Begründung

Die ehemalige Busstation Michaelibad und die angrenzende P+R-Anlage befinden sich in einer exponierten Lage an einem stark frequentierten Verkehrsknoten.

Mit der Heinrich-Wieland-Straße, der St.-Michael-Straße, der Bad-Schachener-Straße, der Hofangerstraße und der Hechtseestraße treffen hier nicht nur fünf wichtige Straßenverbindungen zusammen, die U-Bahn- und Busstation Michaelibad stellt auch einen wichtigen Umsteigepunkt im öffentlichen Nahverkehr dar.

Gestalterisch führt die Kreuzung bisher ein Schattendasein, könnte sich aber durch ihre zentrale Lage, die gute verkehrliche Erschließung und die anstehenden Bauvorhaben zu einem Platz mit hoher Aufenthaltsqualität entwickeln.

Die geplante Bebauung ist zudem im Übergangsbereich zwischen der durch Blockrand- und Zeilenhausbebauung charakterisierten Maikäfer- und Haldenseesiedlung im Westen und den Gartenstadtgebieten im Osten Berg am Laim situiert.

Städtebaulich kommt dem Vorhaben somit eine prägende Wirkung zu.

Den Bürgern soll daher die Möglichkeit gegeben werden, die künftige Gestalt dieser Fläche frühzeitig mitzubestimmen. Dies soll im Rahmen eines städtebaulichen Wettbewerbs mit ausführlicher Diskussionsphase und mehreren Workshops gewährleistet werden. Ziel

ist dabei eine zeitnahe, aber qualitativ hochwertige und in der Stadtteilöffentlichkeit breit legitimierte Realisierung der geplanten Bebauung.

Sofern die Planungen für eine Flüchtlingsunterkunft an diesem Standort weiter verfolgt werden, ist eine umfangreiche Information der Öffentlichkeit sicherzustellen.

Fabian Ewald
Fraktionssprecher

Johann Kott